

---

# Blick auf die letzten Wahlergebnisse aus Kölner Sicht & Handlungsempfehlungen für den Verein

**Thesen zur weiteren Diskussion, vorgestellt bei der Mitgliederversammlung des Vereins EL-DE-Haus e.V. am 29.10.2024**

- 1. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg können nicht auf Köln übertragen werden. Wohl aber können die Ergebnisse der Europawahl auf die Kommunalwahl 2025 projiziert werden um so eine Tendenz zu verdeutlichen.*

Bei der Europawahl lag die AfD deutschlandweit mit knapp 16 Prozent auf Platz 2, in Köln mit 7,26 % der Stimmen auf Platz 4. Wenn man aber in Betracht zieht, dass die Partei bei der letzten Kommunalwahl 2020 in Köln 4,38 Prozent bekam; dann muss davon ausgegangen werden, dass die AfD bei der nächsten Kommunalwahl im September 2025 auch in Köln ihre Ergebnisse deutlich stärker werden können.

Die meisten Stimmen für die AfD entfielen bei der Europawahl 2024 auf die Stadtteile Chorweiler (23,78 %), Lindweiler (18,01 %) und Volkhoven/Weiler (17,82 %). Die wenigsten Stimmen erhielt die AfD im Stadtteil Neustadt/Süd (2,64 %). Ähnliche Verteilungen sind bei der Kommunal- und der Bundestagswahl zu erwarten.

Es ist daher richtig und wichtig, dass sich der Verein des Themas annimmt.

- 2. Eine große Anzahl von AfD-Anhänger\*innen stimmte bei den Europa- und den Landtagswahlen aus Überzeugung für die Partei. Dies zeigt sich auch in der Wahlforschung sowie in verschiedenen Studien.*

Die verschiedenen Beweggründe für die Wahl der AfD sind einigermaßen gut erforscht. Es geht um Angst vor Veränderung, Angst vor dem Verlust von Privilegien (billige Rohstoffe), Abstiegsängste und die Zustimmung zu einer antipluralistischen Politik der Schließung. Das bedeutet nicht nur eine Schließung der Grenzen und die Forderung nach Abschiebung von „Ausländern“ oder die Ablehnung der Menschen die als „fremd“ und nicht als Teil der Volksgemeinschaft wahrgenommen werden. Es bedeutet auch die Ablehnung all dessen, was als nicht „normal“ angesehen wird, also bspw. queere Menschen oder Feministinnen oder auch Klimaaktivist\*innen.

Der Verein sollte die AfD-Wähler\*innen nicht als Protestwähler verharmlosen, sondern Rechtsextremismus als langfristige gesellschaftliche Herausforderung betrachten.

- 3. Die Einordnung der AfD als „rechtsextrem“ schreckt Wähler\*innen nicht davon ab, der Partei ihre Stimme zu geben. Vielmehr sagten 87 % der AfD-Wähler\*innen in Thüringen, es sei ihnen „egal, dass sie in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“.*

Der Verein sollte die AfD auch in Köln als extrem rechts einordnen. Die Bezeichnung als „Neonazis“ ist jedoch nicht adäquat und suggeriert einen falschen historischen Vergleich. Die AfD ist nicht eine NSDAP 2.0.

Das Label „rechtsextrem“ (und nicht mehr „rechtspopulistisch“, was für frühere Phasen der AfD gilt) sendet auch das Signal an die demokratische Mehrheit in der Bevölkerung, die die AfD trotz ihrer Wahlerfolge nicht als „normale“ Partei betrachtet. Dies gilt auch für Stadtteile mit hohem AfD-Wähler\*innenpotential wie in Chorweiler oder Porz, wo eine demokratische Zivilgesellschaft nicht unsichtbar gemacht werden sollte.

- 4. Der AfD wurden in den ostdeutschen Bundesländern (aber auch anderswo) in zentralen Themengebieten Problemlösungskompetenzen zugeschrieben.*

Auch wenn rechtsextreme Wähler\*innen nur bedingt durch rationale Argumente erreicht werden können, sollte der Verein argumentativ deutlich machen, welche Auswirkungen die AfD-Politik (auch auf die eigenen Wähler\*innen) haben würde. Die Selbstinszenierung der AfD als „Partei des kleinen Mannes“ ist nicht haltbar und kann dekonstruiert werden. Der Verein kann in seiner Öffentlichkeitsarbeit hier auf bestehende Veröffentlichungen (z.B. aus dem gewerkschaftlichen Bereich) zurückgreifen.

- 5. Auch die demokratischen Parteien ließen sich vor den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg von der AfD treiben.*

Nicht nur in der kritischen Zivilgesellschaft, sondern auch in der Politikwissenschaft sieht man die Vorstellung skeptisch, man könne durch Vorschläge für weitere repressive Maßnahmen in Bezug auf das Thema Flucht und Zuwanderung und durch eine Dynamisierung der Abschieberhetorik AfD-Wähler\*innen „zurückgewinnen“.

Der Verein sollte vielmehr mit Akteur\*innen wie dem Kölner Flüchtlingsrat oder dem Runden Tisch für Integration und anderen für eine antirassistische, weltoffene und menschenrechtsorientierte Politik in Köln eintreten.

- 6. Die Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Bundesländern war hoch; dabei konnte die AfD mehr als andere Parteien Nichtwähler\*innen für sich mobilisieren. Die frühere These, dass eine geringe Wahlbeteiligung rechtsextremen Parteien schade, gilt so nicht mehr.*

Die statistischen Zusammenhänge bei den Landtagswahlen lassen nur bedingt Aussagen bezüglich möglicher Wahlergebnisse in Köln 2025 zu. Ein Blick auf die Ergebnisse bei der Europawahl zeigt, dass die AfD in den Stadtteilen besonders gut abgeschnitten hat, wo die Wahlbeteiligung niedrig war.

Der Verein sollte sich für eine starke Wahlbeteiligung und für eine lebendige Demokratie einsetzen. Lebendige Demokratie bedeutet Engagement in politischen Zusammenhängen, aber auch in der Gestaltung des alltäglichen Miteinanders.

- 7. Besonders auffällig ist der hohe Stimmenanteil der AfD unter jungen Wähler\*innen bei der Europawahl und den Landtagswahlen.*

Nicht nur Wahlergebnisse, sondern auch wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich stärker der rechtsextremen Partei zuwenden als in früheren Jahren. 22 Prozent der befragten 14- bis 29-Jährigen würden gemäß der Studie „Jugend in Deutschland 2024“ AfD wählen. Die Gründe dafür sehen die Autoren unter anderem in den von Jugendlichen geäußerten Sorgen um die Zukunft und ihren finanziellen Wohlstand, etwa wegen der Inflation, hoher Mieten oder der Kriege in der Welt.

Der Verein sollte weiterhin die Zielgruppen adressieren, die er auch bislang erreicht. Zu überlegen wäre, wie „jugendspezifische Aktivitäten“ unterstützt werden könnten. (Nicht nur) hierfür ist es gut, dass der Kölner Jugendring im Vorstand des Vereins vertreten ist.

- 8. Die Strategie der Entzauberung und des Stellens mit politischen Argumente hat nicht dazu geführt, die Zustimmung zur AfD zu verringern.*

Die Frage des Umgangs mit der AfD ist immer auch von regionalen Voraussetzungen geprägt. Möglicherweise kann es in Thüringen sinnvoll sein, ein Fernsehduell mit Björn Höcke nicht abzulehnen. Für Köln sollte jedoch eine klare Ausgrenzung antidemokratischer Politik gelten, der AfD sollte keine Bühne für Hetze gegeben werden. Der Verein könnte in Bündnissen wie „Köln Stellt Sich Quer“ für eine Wiederbelebung der Vereinbarung aller demokratischer Parteien eintreten, nicht an Veranstaltungen teilzunehmen, zu denen auch die AfD eingeladen ist.

---

9. *Das antidemokratische Agieren der AfD<sup>1</sup> zeigt: die AfD ist keine demokratische Partei!*

Auch wenn sich die AfD in Köln weniger radikal als in Thüringen, Sachsen oder Brandenburg äußern mag, ist sie Teil einer völkisch-autoritären Partei. Der Verein könnte sich in der Auseinandersetzung mit AfD auf wenige einfache Botschaften in folgenden Themenfeldern fokussieren

- a) die menschenverachtende Politik der AfD (Stichwort: „Remigration“)
- b) die lokalen Verbindungen zum Rechtsextremismus (z.B. bei der Kölner „Jungen Alternativen“)
- c) die geschichtsrevisionistischen Themen und Angriffe auf die Erinnerungskultur

Vor allem letzteres berührt die Kernkompetenz des Vereins. Dabei sollten auch dem vermeintlichen Anti-Antisemitismus der AfD und der Inszenierung als „Schutzmacht der Juden“ (wie sie bspw. in der Kölner AfD Kampagne „Kein Veedel für Antisemitismus“ zum Ausdruck kommt) eine klare Absage erteilt werden.

**Fazit:** Letztlich wird es nicht einfach sein, der AfD wirkungsvoll zu begegnen. Auch in Köln braucht es die alltägliche und anstrengende Überzeugungsarbeit in das Milieu der Unentschlossenen hinein.

Dazu bietet die Kampagne „Demokratie ist alternativlos“ eine Möglichkeit:

<http://demokratie-ist-alternativlos.el-de-haus-koeln.de/>

---

<sup>1</sup> Hier sei auf die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags verwiesen. Danach wurden von verschiedenen Seiten Forderungen nach einem AfD-Verbot laut. Beispielhaft verwiesen sei zudem auf die Aussage des Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten Abgeordnete Lars Hünich (dokumentiert Bürger-Stammtisch des AfD-Ortsverbands in Falkensee bei Berlin, dokumentiert von der Kamera der ZDF-Sendung „Länderspiegel“): „Wenn wir morgen in einer Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir diesen Parteienstaat abschaffen.“ (Quelle: zdf.de v. 01.02.2024)